

# Das ist der EU-Superdiplomate

Chefunterhändler Jacques de Watteville soll im Streit mit Brüssel eine Gesamtlösung finden

VON LORENZ HONEGGER

Für einen Diplomaten schlug der neue Schweizer EU-Chefunterhändler gestern ungewohnt kämpferische Töne an. «Wir müssen Erfolg haben. Wir haben keine Wahl. Wir müssen Erfolg haben», sagte Jacques de Watteville, nachdem ihn der Bundesrat an seiner ersten Sitzung nach der Sommerpause zum Superdiplomaten ernannt hatte. Der 64-Jährige soll in strittigen Fragen wie der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative oder der dynamischen Übernahme von EU-Recht mit Brüssel eine Lösung finden - und zwar schnell. Eine erste Bilanz muss er dem Bundesrat bereits im Oktober vorlegen.

Dass die Landesregierung auf de Watteville setzt, ist auf den ersten Blick überraschend: Auf der Hand gelegen wäre Yves Rossier, Staatssekretär im Aussendepartement. Doch im Bundesrat und unter Aussenpolitikern galt er auch aufgrund seines aufbrausenden Temperamentes als ungeeignet. Aussenminister Didier Burkhalter bemühte sich vor den Medien, die Bedeutung der Nicht-Wahl seines Staatssekretärs herunterzuspielen: Rossier habe von sich aus verzichtet.

Derweil bringt de Watteville alles mit, was sich der Bundesrat von einem Chefunterhändler wünschen kann: Er gilt als diskret, höflich und klug, hat über drei Jahrzehnte diplomatische Erfahrung, kennt sich als ehemaliger Schweizer EU-Botschafter mit Europathemen bestens aus und hat aus demselben Grund immer noch gute Kontakte nach Brüssel.

## Beschränkte Kompetenzen

Seine aktuelle Funktion als Staatssekretär im Finanzdepartement behält der Westschweizer; als EU-Chefunterhändler untersteht er aber auch noch Aussenminister Burkhalter. Seine neuen Kompetenzen sind indes weniger weitgehend, als man meinen könnte: De Watteville soll bei den Gesprächen mit Brüssel die Fäden zwischen den 15 Dossiers zusammenhalten und ausloten, wo es Überschneidungen gibt, welche die Schweiz zu ihrem Vorteil nutzen kann. Er bestimmt den Zeitplan und die Reihenfolge der Verhandlungen. Veränderungen an den Mandaten, aber auch die politische und die strategische Ausrichtung bleiben Sache des Bundesrates. Die zuständigen Fachleu-



Jacques de Watteville soll im Streit mit der EU für die Schweiz die Kastanien aus dem Feuer holen.

PETER KLAUNZER/KEYSTONE

te in den Departementen führen die Gespräche selber. So ist zum Beispiel Migrations-Staatssekretär Mario Gattiker auch künftig für die Suche nach einer Lösung im Streit um die Personenfreizügigkeit zuständig.

Als erste Amtshandlung wird Chefunterhändler de Watteville schon «sehr bald» eine Koordinationsgruppe einsetzen, einen Aktionsplan erarbeiten und Kontakt zu Schlüsselakteuren knüpfen. Der Diplomat warnte indes vor allzu grossen Erwartungen: Der Spielraum für Lösungen sei begrenzt. Die involvierten Kräfte auf Schweizer Seite müssten nicht nur an einem Strick ziehen, sondern «eine Seilschaft bilden

wie im Hochgebirge». Angesprochen auf sein Alter - de Watteville wird nächstes Jahr 65 - sagte er, sein Mandat im Finanzdepartement ende 2017. So lange wird er bleiben.

## Was macht Brüssel?

Unklar ist, ob auch Brüssel bald einen Chefunterhändler «auf Augenhöhe» mit de Watteville stellen wird. Vonseiten der EU werden die zentralen Gespräche zur Personenfreizügigkeit derzeit vom diplomatischen Berater des EU-Kommissions-Präsidenten Jean-Claude Juncker geführt, der mit Anfang dreissig gerade mal halb so alt wie de Watteville ist. Aussenminister Burkhal-

ter sagte, die Schweiz werde zu gegebener Zeit mit dem Anliegen an die EU gelangen. Ein erster Erfolg sei, dass sich neu auch der Auswärtige Dienst der EU an den Konsultationen beteilige. Später sei auch der Einbezug von Mitgliedsstaaten wünschenswert. Dafür müsse in den Kernfragen eine mögliche Einigung vorliegen - so weit sei aber man noch nicht.

Der Bundesrat will die Eckwerte der Botschaft zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative im Oktober bestimmen. Anfang 2016 wird er die Gesetzesentwürfe an National- und Ständerat überweisen. Ein Jahr später sollen diese in Kraft treten.

# Der NSDAP-Gründer, der für die SVP wirbt

Hass Rassismus im Netz treibt weitere Blüten: Auf seiner Website nsdap.ch wirbt ein Aargauer für die SVP. Ob das diese stört?

VON DANIEL FUCHS

Ohne einen Hehl um seine Identität zu machen, relativiert ein Mann aus Reinach im Kanton Aargau auf seiner Website www.nsdap.ch die Taten der Nationalsozialisten. Dazu macht er - nennen wir ihn einmal R. - Stimmung gegen Einwanderer. Und gegen Sozialisten. Klingt wirr, ist es auch. Die NSDAP war Hitlers Nationalsozialistische Arbeiterpartei. R. aber ist schlau: Seine NSDAP, deren «Präsident auf Lebenszeit und darüber hinaus!» er ist, steht für «National-Soziale Demokratie und Arbeitnehmer und -geber Partei».

## Ist eine solche Website strafbar?

Erst vorgestern hat ein Aargauer Gericht einen Rentner zu einer Geldstrafe und Busse verurteilt, weil er Dunkelhäutige als Halbaffen, Taugenichtse und Abschaum beschimpfte (die «Nordwestschweiz» berichtete). Ob sich auch R. mit seiner Website strafbar macht?

Kaum. Zu diesem Schluss führen Gespräche mit Verantwortlichen der Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus (GRA) sowie der Rassismus-Meldestelle des Bun-

des Kobik. Eine Diskriminierung im Sinne des Anti-Rassismus-Artikels ist kaum gegeben. Dazu müsste eine Unterscheidung von Personen aufgrund rassistischer, ethnischer oder religiöser Kriterien vorliegen.

Was nicht heisst, dass R.s Website harmlos ist: Das für die Meldestelle Kobik verantwortliche Bundesamt für Polizei sagt zur «Nordwestschweiz»: «Die Namensgebung der Partei weist eindeutig eine historisch gesehen negative Komponente auf.» Und Leila Feit von der Anti-Rassismus-Stiftung GRA sagt: «Die Web-Adresse nsdap.ch ist eine Anlehnung. Das allein ist schlimm. Denn jeder weiss, welche schweren Verbrechen wie Völkermord Hitlers Partei, die NSDAP, begangen hat.»

Ob strafrechtlich relevant oder nicht - die Hass-Website nsdap.ch hat auch politische Brisanz: An prominenter Stelle wirbt R. für die SVP-Selbstständigkeitsinitiative. Wer das Banner anklickt, gelangt auf die Seite der SVP Schweiz und die Unterschriftensammlung «gegen fremde Richter».

Ist das im Sinn der SVP-Parteizentrale in Bern? Die Frage richtet sich an den wegen Rassendiskriminierung verurteilten SVP-Generalsekretär Martin Baltisser. Am Telefon antwortet dieser mit einer Gegenfrage: «Ist diese Frage ernst gemeint?» Das «Ja» quittiert Baltisser mit Lachen. Den 20-jährigen Anti-Rassismus-Artikel wäre die SVP am liebsten wieder los.

Später nimmt Baltisser via Mail Stellung: «Es ist unmöglich zu kontrollieren, wer al-

«Die Web-Adresse nsdap.ch ist eine Anlehnung. Das allein ist schlimm. Denn jeder weiss, welche schweren Verbrechen wie Völkermord Hitlers Partei, die NSDAP, begangen hat.»

Leila Feit Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus (GRA)



Weitere Artikel zum Rassismus im Netz online.

## Bundesrat

### Zusätzliches Rüstungsprogramm

Das Rüstungsprogramm 2015 liegt bereits beim Parlament. Es umfasst Beschaffungen im Umfang von 542 Millionen Franken. Nun legt der Bundesrat ein zusätzliches, teureres Rüstungsprogramm vor.

Das Zusatzprogramm umfasst Rüstungsvorhaben im Umfang von 874 Millionen Franken, wie das Verteidigungsdepartement (VBS) mitteilte. Das zusätzliche Programm hat mit dem Nein des Stimmvolks zum Kauf der Gripen-Kampfflugzeuge zu tun.

Das Parlament wollte den Bundesrat nach der Abstimmung beauftragen, mit den Gripen-Geldern umgehend anderes Armeematerial zu kaufen. Da es nicht genügend reife Beschaffungsvorhaben gab, verzichteten die Räte aber schliesslich auf diesen Auftrag. Bundesrat Ueli Maurer kündigte an, dass der Bundesrat in der zweiten Jahreshälfte ein zusätzliches Rüstungsprogramm vorlegen würde. Gestern hat der Bundesrat die Botschaft zuhänden des Parlaments verabschiedet. (SDA)

## Wahlen 2015

### E-Voting für Aargau und Solothurn verweigert

Bei den Nationalratswahlen im Oktober können erstmals auch Inländerinnen und Inländer elektronisch wählen: In den Genuss kommen 96 000 Stimmberechtigte in den Kantonen Genf und Neuenburg. In neun Deutschschweizer Kantonen wird jedoch nichts mit der Wahl im Internet. Den Gesuchen aus Zürich, Glarus, Freiburg, Solothurn, Schaffhausen, St. Gallen, Graubünden, Aargau und Thurgau verweigerte der Bundesrat die Bewilligung.

Diese Kantone hatten sich im Consortium Vote électronique zusammenschlossen. Wie die Landesregierung schreibt, weist das System eine Lücke beim Schutz des Stimmgeheimnisses auf. Sie kann zwar technisch behoben werden, aber nicht mehr rechtzeitig vor den Wahlen. Die Lücke wurde im Rahmen eines externen Audits gefunden. Zudem erfüllt das System des Consortiums nicht alle seit dem 1. Juli zwingenden Anforderungen der Bundeskanzlei. (SDA)

## NACHRICHTEN

### SPARMASSNAHME

#### Bundesrat spart 30 Millionen beim Personal

Der Bundesrat schraubt an den Anstellungsbedingungen des Bundespersonals. Mit den beschlossenen Massnahmen können ab nächstem Jahr 30 Millionen Franken gespart werden. Die individuelle Lohnentwicklung wird je nach Beurteilungsstufe um 0,5 bis 2 Prozent gesenkt. Die Leistungsprämie von bisher maximal 15 Prozent des Höchstbetrags der vertraglich vereinbarten Lohnklasse wird auf 10 Prozent gesenkt. Für Leistungsprämien werden künftig nur noch 0,5 statt wie bisher 0,7 Lohnprozente zur Verfügung gestellt. (SDA)

### BUNDESRECHNUNG

#### Trotz hoher Mindereinnahmen besser

Der Bund rechnet 2015 mit einem Überschuss von 900 Millionen Franken. Budgetiert waren 400 Millionen. Der Überschuss kommt trotz hoher Mindereinnahmen zustande. Grund sind umfangreiche Kreditreste. Sie umfassen 2,7 Milliarden Franken. Wie der Bundesrat mitteilt, kompensieren diese Kreditreste die Mindereinnahmen von 1,5 Milliarden Franken und die die Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen von 700 Millionen Franken deutlich. (SDA)